

Biografisches

Radikal, gemäßigt, vergessen: Alfred Henke (1868-1946) Erster Teil: 1868 bis 1918¹

Gerhard Engel

Am 5. November 2003 setzten Sozialdemokraten der Altmark gemeinsam mit dem ehemaligen sozialdemokratischen Bremer Senatspräsidenten und Bürgermeister Hans Koschnick einen Gedenkstein auf eine Grabstelle des Friedhofs von Wannefeld, heute eingemeindet nach Gardelegen.² Die späte Ehrung nach 57 Jahren galt einem weithin Vergessenen, Alfred Henke, der dort 1946 bestattet worden war. Sein Name wird zwar in vielen Darstellungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung genannt, seine Biografie aber ist nie erforscht worden. Lediglich zwei lexikalische Werke verzeichnen etwas ausführlicher Grunddaten seines Lebenslaufs.³ Wer war dieser Mann, wie verlief sein wechselvolles Leben, wie spiegelt sich in dessen Mikrokosmos der Makrokosmos der deutschen Arbeiterbewegung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts?

Die frühen Jahre

Alfred Henke wurde am 1. März 1868 als Sohn des Altonaer Zigarrenmachers Johann Henke (1844-1893) und seiner Ehefrau Anna, geb. Nagel (1836-1912) geboren. 1876 zog die Familie nach Bremen, wo der geistig rege und lerneifrige Junge bis 1882 seine Volksschulzeit beendete.⁴ Alfred

1 Der zweite Teil erscheint im JahrBuch-Heft 2015/III.

2 Siehe Altmark-Zeitung, 6. und 7.11.2003.

3 Siehe Hans Hackmack: Alfred Henke, in: Bremische Biographie 1912-1962, bearb. von Wilhelm Lürs, Bremen 1968, S.228f.; Gerhard Engel: Alfred Henke, in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon, Berlin 1970, S.198f. Dürftige Daten enthalten die Reichstagshandbücher ab 1912 sowie das Handbuch des Vereins Arbeiterpresse, Berlin 1914.

4 Alle Personalangaben zur Familie Henke stammen, soweit nicht anders vermerkt, aus Hackmack, Alfred Henke, S.228f., aus der historischen Einwohnermeldekartei im Landesarchiv Berlin (LAB), Auskunft vom 7. März 2014, aus Wilhelm Heinz Schröder: Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Reichstagskandidaten 1898-1918. Biographisch-statistisches Handbuch, Düsseldorf 1986, S.127.

Henkes Kindheit war vom kargen Leben in einem proletarischen Haushalt geprägt.

Die Tabakarbeiter Bremens, vor dem großindustriellen Aufschwung der Hansestadt eine starke Gruppe unter den Proletariern, lebten in besonders schwierigen Verhältnissen. Zigarrenarbeiter mussten oft in feuchten Räumen mit nur 2,5 cbm Luft für den Einzelnen produzieren. Viele arbeiteten in ihren Wohnungen, in denen der Arbeitsraum zugleich das Schlaf- und Wohnzimmer der Familie war. Die Proletarierkrankheit Tuberkulose grassierte. Alfred Henkes Vater wurde keine 50 Jahre alt.⁵

In diesem Milieu wuchs Alfred Henke auf und erlernte ab 1882 bei seinem Vater selbst den Beruf des Zigarrenmachers. Sehr bald nahm er seine Zugehörigkeit zu den Schwächsten und Ausgebeuteten in der sozialen Hierarchie bewusst wahr. Er erlebte während der Bismarckschen Sozialistenverfolgung den Widerstand seiner sozialdemokratisch geprägten Berufsgenossen, die im Tabakarbeiterverband gewerkschaftlich organisiert waren und zu denen auch sein Vater gehörte. Die bremische „Mitgliedschaft“ des Allgemeinen Deutschen Tabakarbeiter-Vereins, die größte gewerkschaftliche Ortsgruppe der Stadt, war 1878 aufgelöst worden. Aber an die Stelle der durch das Sozialistengesetz verbotenen Gewerkschaften traten andere, als lediglich sozial tätig firmierende Vereine, welche die bis 1848 zurückreichende gewerkschaftliche Pionierrolle der Bremer Zigarrenarbeiter fortsetzten. Seit 1882 wirkte der Unterstützungsverein deutscher Tabakarbeiter mit Sitz in Bremen.⁶ Auch Streikerfahrungen konnte Henke früh sammeln, so als die Bremer Zigarrenarbeiter durch einen Ausstand von Februar bis Juni 1884 eine Lohnerhöhung von einer Mark für jedes Tausend gefertigter Zigarren erkämpften.⁷ Mit 17 Jahren war Henke ein eifriger Sozialdemokrat, der, wie er selbst schrieb, im Betrieb „lustig debattierte, manchem älteren, ‚gereiften‘ Kollegen manchmal den Kopf warm machend“.⁸ Mit den Eindrücken und Erfahrungen

5 Siehe hierzu Ulrich Böttcher: Anfänge und Entwicklung der Arbeiterbewegung in Bremen von der Revolution 1848 bis zur Aufhebung des Sozialistengesetzes 1890, Bremen 1953, S.135f.

6 Siehe Helmut Gätsch: Die Freien Gewerkschaften in Bremen 1919-1933, Bremen 1969, S.9f.

7 Siehe zur gewerkschaftlichen Organisation der Tabakarbeiter Böttcher, Anfänge, S.89, 126f., 164-166, 171; Alfred Schattanik: Zigarrenmacher machten in Leipzig den Anfang, in: Welt der Arbeit, 22.10.1965.

8 Karl-Ernst Moring: Die Sozialdemokratische Partei in Bremen 1890-1914, Hannover 1968, S.74.

seiner Kindheit und Jugend ausgerüstet, arbeitete Alfred Henke 1887 zunächst erst in Achim bei Bremen und zog dann in seine Vaterstadt Altona, wo er bis 1899 seinen Beruf ausübte.

Zwischendurch freilich ereilte ihn das Schicksal aller nur Volksschulbildung besitzenden jungen Männer des Kaiserreichs, die Einberufung zum Militärdienst für drei Jahre. Im Oktober 1888 traf Rekrut Henke in Posen beim 1. Westpreußischen Grenadier-Regiment Nr. 6 ein. „Täglich sah man die Rekrutenabteilungen [...] laufen, springen, kriechen, Ziele ansprechen und ihre Platzpatronen verfeuern“, heißt es in einer Regimentsgeschichte: „Leicht war diese Ausbildungszeit in unseren strengen Posener Wintern nicht.“ Anstrengendes Kompanieexerzieren bei Ostwind und Kälte, stramme Märsche, bei denen Tagesleistungen von 50 bis 60 Kilometern abverlangt wurden, Gefechts- und Schießausbildung sowie die „Sorgfalt des Anzugs“ als Gradmesser der Disziplin bestimmten bis zum Sommer 1891 das Leben Alfred Henkes. Als ihm am Ende die Reservistenmütze aufgesetzt wurde, fühlte sich der Arbeiter Henke aus sozialdemokratischem Elternhaus mit Sicherheit in antimilitaristischen Positionen bestärkt. Jedenfalls findet sich in seinem Leben nichts, was der Behauptung des Regimentsgeschichtsschreibers entsprochen hätte, wonach „jeder deutsche Mann“ „die Anhänglichkeit an das Regiment und die Erinnerung an die Dienstzeit in Ehren“ gehalten habe, „solange er lebte“.⁹

Vielmehr setzte Alfred Henke – wieder daheim in Altona und als Zigarenmacher tätig – seine bereits früher vom Vater angeregten Studien von Schriften der sozialistischen Vordenker Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle fort. Er besuchte den Altonaer Bildungsverein und nahm Privatunterricht in Geschichte. Er las alle Schriften Karl Kautskys, Wilhelm Liebknechts, August Bebel und Joseph Dietzgens, die er aufreiben konnte.¹⁰ Sehr bald erwies sich Henke als ein im Allgemeinwissen und in seinen historisch-politischen Kenntnissen hoch gebildeter Autodidakt. Wissensdurst und Lerneifer sollten ihm bis zum Tode wesenseigen bleiben. Seine Erfahrung kleidete er 1939 in die Worte: „Lernen, lernen, solange dieses noch möglich ist. Gewinnbringend wird es erst später einmal. Ernstlich und energisch erstrebt, aber auch ziemlich gewiß.“¹¹

9 Siehe von Frankenberg und Ludwigsdorf: Geschichte des Regiments von seiner Gründung bis zum Weltkriege, in: Franz Döring von Gottberg: Das Grenadier-Regiment Graf Kleist von Nollendorf (1. Westpreußisches) Nr. 6 im Weltkriege, Berlin 1935, S.18-20.

10 Siehe Moring, Sozialdemokratische Partei, S.74.

11 Henke an Emmi Hackmack, 18.7.1939, Staatsarchiv Bremen (StAB), 7, 123-12.

Der politische Aufstieg

Alfred Henke betätigte sich in Hamburg nicht nur als Aktivist der Tabakarbeitergewerkschaft, sondern zunehmend in der Sozialdemokratischen Partei. 1895 übernahm er die Leitung eines Distrikts der SPD in Altona, wo er als zweiter Vorsitzender auch dem Vorstand des sozialdemokratischen Ortsvereins angehörte und den Arbeiterbildungsverein leitete. Er war, seit 1896 offiziell bestellt, als Redner und Agitator für die Partei und die Gewerkschaften gefragt und begann sich als Presseberichterstatter über deren Aktivitäten und Standpunkte einen Namen zu machen.¹² Seit 1899 gehörte auch die „Bremer Bürger-Zeitung“ (BBZ) zu den Blättern, in denen er zu Wort kam. Alfred Henkes privates Glück freilich währte nur kurze Zeit. Auguste Timm, die er im Mai 1897 geheiratet hatte, starb drei Jahre später 27-jährig, bald nachdem sie ihre gemeinsame Tochter Eleonore¹³ zur Welt gebracht hatte.¹⁴

Mit ausgeprägtem Selbstbewusstsein bewarb sich Henke im November 1900 um eine Redakteursstelle der BBZ. Chefredakteur Franz Diederich sah in Henke einen Menschen „von guter Intelligenz und von vortrefflichen Anlagen, Menschenkenner zu werden“. Er übertrug ihm die Stelle eines zweiten Lokalredakteurs. Henke wurde für zwei Jahrzehnte in Bremen heimisch. Im August 1902 heiratete er die Bremerin Anna Luers (1880-1959). Vier weitere Kinder – Gertrud (1908), Alfred (1909), Edith (1912) und Erich (1914) – und die bereits 1900 in erster Ehe geborene Eleonore machten ihn zu einem stolzen Familienvater.¹⁵ Die Redaktion der BBZ und seine Familie waren die für ihn gleichermaßen wichtigsten Standbeine seiner Existenz.

Henkes Aufstieg zu einem sozialdemokratischen Parteijournalisten mit überregionaler Ausstrahlung begann, als der Bremer Lehrer Heinrich Schulz, erfahren in marxistischer Bildungs- und Pressearbeit, Ende 1902 als politischer Redakteur die Leitung der BBZ übernahm. Schulz begann, das Blatt zu einer Domäne der linken Sozialdemokraten umzugestalten, die sich dem zunehmenden Einfluss des Revisionismus in der Sozialde-

12 Siehe Handbuch des Vereins Arbeiterpresse, Berlin 1914, S.382; StAB, 7, 123-13.

13 Siehe <http://archiv.spd-berlin.de/geschichte/personen/a-k/henke-alfred.print.html> (Zugriff: 26.5.2013).

14 Ausführlich äußerte sich Henke über Kindheit und Jugend in seinem Bewerbungsschreiben um eine Stelle an der „Bremer Bürger-Zeitung“ vom 14.11.1900, StAB, 7, 123-13, sowie in einem Brief an Wilhelm Kaisen vom 11.12.1945, StAB, 7, 97/3-1.

15 LAB, B Rep. 021, Einwohnermeldekartei, Auskunft vom 7. März 2014.

mokratie mit Verve widersetzte. In Alfred Henke, dem Kenner und Verfechter der Schriften von Marx und Engels, fand Schulz einen kämpferischen Bundesgenossen. Henke setzte dessen Werk nach dem Oktober 1906, als er selbst an die Spitze der Redaktion trat, mit noch größerem Nachdruck fort.¹⁶ Im Juli 1945 bezeichnete Henke in knappen und unvollendeten biografischen Notizen seine Arbeit in der Redaktion der BBZ als „eine Tätigkeit, in der ich mich wohl fühlte wie ein Fisch im Wasser!“¹⁷

Mit einer Ausnahme (1906) war Henke zwischen 1904 und 1913 einer der Delegierten des Sozialdemokratischen Vereins Bremen (SDVB) zu den jährlichen Parteitagen der SPD. 1906 zog er in die Bremer Bürgerschaft, das Landesparlament, ein und hielt diesen Sitz ununterbrochen bis 1922.¹⁸ Polemisch aktiv im Richtungsstreit der deutschen Sozialdemokratie, als reformistische oder revolutionäre Konsequenzen aus veränderten Klassenkampfbedingungen im imperialistischen deutschen Kaiserreich heiß umstritten waren, sah Henke seinen Platz auf dem revolutionären Flügel. Er hoffte, der Parteivorsitzende August Bebel werde auf dem für die Abwehr des Revisionismus so wichtigen Dresdner Parteitag 1903 „den Charakter der revolutionären *Arbeiterpartei* in der Sozialdemokratie wieder deutlich zum Ausdruck bringen“.¹⁹

Eigenständigkeit der Arbeiterbewegung im Kampf um die Emanzipation der Klasse und das Auffinden ihrer Leitlinien im theoretischen Erbe von Marx und Engels sowie in den Schriften von Bebel, Liebknecht, Dietzgen und Kautsky bestimmten Henkes Wirken als Parteijournalist und Bildungsarbeiter in der bremischen Parteiorganisation. Gemeinsam mit Heinrich Schulz setzte er im sogenannten Goethebundstreit 1905 eine von bürgerlich-liberalen Bildungsvereinen losgelöste, selbstständige proletarische Bildungsorganisation durch, weil man nur durch eine eigenständige marxistisch-wissenschaftliche und weltanschauliche Bildung „eine revolutionäre Wirkung“ erzielen könne. Die Gründung des gemeinsamen

16 Zur Entwicklung der bremischen Sozialdemokratie im ersten Jahrzehnt des 20. Jh. siehe besonders Moring, Sozialdemokratische Partei; zu den theoretisch-politischen Auseinandersetzungen v. a. Hansgeorg Conert: Reformismus und Radikalismus in der bremischen Sozialdemokratie vor 1914. Die Herausbildung der „Bremer Linken“ zwischen 1904 und 1914, Bremen 1985.

17 StAB, 7, 123-13.

18 Siehe http://zhsf.gesis.org/ParlamentarierPortal/biosop_db/biosop_db.php (Zugriff: 11.2.2014). Auf eine Würdigung des Wirkens im Landesparlament muss hier verzichtet werden.

19 Bremer Bürger-Zeitung (BBZ), 10.8.1903.

Bildungsausschusses des SDVB und des Gewerkschaftskartells markierte die erreichte ideologische Dominanz der „Radikalen“ in der Bremer Vorkriegssozialdemokratie.²⁰

Henke, ab 1907 im Vorstand des Bildungsausschusses und nach Heinrich Schulz und Wilhelm Pieck dessen Vorsitzender, war selbst einer der vielbeschäftigten Lehrer. Zwischen dem 3. November 1907 und dem 16. März 1908 hielt er z. B. jeden Sonntagvormittag für Fortgeschrittene Vorträge über die Geschichte des Sozialismus.²¹ In sozialdemokratischen Versammlungen referierte er über „Philosophie und Sozialismus“, über „Die materialistische Geschichtsauffassung“ und über den Grundsatzteil des Erfurter Parteiprogramms von 1891.²²

Alfred Henke darf zu Recht als der theoretische Kopf der Radikalen in Bremen bezeichnet werden. Er anerkannte die Marxschen Theorien ohne Einschränkung und verteidigte sie vehement. Indem er sich gezwungen sah, den historischen und dialektischen Materialismus gegen revisionistische Angriffe zu schützen, blieb sein Marxismus orthodox, nicht offen für marxistische Antworten auf neue Entwicklungsprobleme. In Karl Kautsky fand Henke sein Vorbild und erhielt auch dessen Anerkennung. Der autodidaktisch gebildete Arbeiter und Marxist Alfred Henke war überzeugt, dass nur Proletarier wirklich fest auf dem Boden des Marxismus stehen könnten, weil sich Klasse gegen Klasse gegenüberstünden und die Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse nur „durch rücksichtslosen Kampf“ möglich sei.²³ Dies begründete auch sein Misstrauen gegen Sozialdemokraten aus bürgerlichem Hause. Dem Theaterkritiker Rudolf Franz, einem akademisch gebildeten Bürgersohn, schrieb er, für seinesgleichen sei es nötig, „mit allem, was Schule, Elternhaus und sonstiges Milieu in ihm an Urteilen und Vorurteilen anhäufte und zum Keimen brachten, tabula rasa zu machen. Das ist schwer, und die Arbeiter haben es viel leichter, den Marxismus in sich aufzunehmen als solche Leute.“²⁴

Worum auch immer in der deutschen Vorkriegssozialdemokratie gestritten wurde, stets stand Henke dabei auf dem linken Flügel, sei es in den

20 Siehe hierzu Conert, Reformismus, S.47-57; Moring, Sozialdemokratische Partei, S.79-81.

21 Siehe BBZ, 26.10.1907.

22 Siehe BBZ, 19.10.1906, 26.2, 26.5. und 22.8.1908, 4.1. und 3.2.1909.

23 Moring, Sozialdemokratische Partei, S.104.

24 Henke an Franz, 2.8.1910, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), NY 4020/9, Bl. 160f. Siehe hierzu Gerhard Engel: Dr. Rudolf Franz 1882-1956. Zwischen allen Stühlen – ein Leben in der Arbeiterbewegung, Berlin 2013, S.24.

Mitgliederversammlungen des SDVB, in der BBZ oder auf den Parteitag der SPD.²⁵ Unter dem Eindruck der russischen Revolution 1905 setzte er sich für den politischen Massenstreik als neues Kampfmittel ein und focht für eine konsequente Arbeitsruhe am 1. Mai. Er unterstützte maßgeblich das Streben bremischer Lehrer für eine an sozialdemokratischen bildungs- und jugendpolitischen Zielen orientierte Schulreform. Wie alle führenden Sozialdemokraten der Hansestadt traf er sich mit den oppositionellen Lehrern in deren Refugium, dem Haus im „Lummland“.²⁶

Geradezu verärgert reagierte Henke auf den zunehmenden gewerkschaftlichen Einfluss auf die Politik der sozialdemokratischen Partei. Bereits 1905 kritisierte er, die Gewerkschaftsbürokratie begrenze die Arbeiterbewegung auf reformistische Aktionen, weil sie den wissenschaftlichen Sozialismus geringschätze. Notwendig sei aber die Einheit von revolutionärer Theorie und politischer Praxis.²⁷ Gebraucht werde eine einheitliche Führung des Klassenkampfes durch Partei und Gewerkschaft, letztere müsste völlig in das revolutionäre Konzept der finalen Machteroberung eingebunden werden. Vom Parteivorstand verlangte Henke, von bloßen Protestversammlungen zu Massendemonstrationen überzugehen. Nötig sei eine neue Kampftaktik, worüber der Parteivorstand die Arbeiter unzureichend aufkläre. So verbreite sich ein Praktizismus, der jeweils nur das kleinere Übel aushandelt, statt an den Grundfesten des Kapitalismus zu rütteln. Vor allem die Wahlrechtskämpfe sollten zu revolutionären Massenaktionen auf der Straße gesteigert werden.

Die reformistische Sicht, es sei möglich, über Parlamentsmehrheiten in den sozialistischen Zukunftsstaat hineinzuwachsen, erklärte Henke zu einer „kindischen Auffassung“. Parlamentarische Arbeit habe zwar agitatorische Wirkung und leiste Erziehungsarbeit, unterstütze also als Teil desselben den Klassenkampf, könne ihn aber nicht zur Entscheidung führen.²⁸

Immer wieder wandte sich Henke gegen die lange vorgetäuschte Einheit der Partei in Grundfragen ihrer Ziele und Wege. So müsse der Staat

25 Siehe zum Folgenden die Protokolle über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1907, S.266f., 298f.; 1908, S.382-384; Moring, Sozialdemokratische Partei, S.83, 86f., 107-113; Conert, Reformismus, S.71-85, 104-132, 147-151, 188-211; Gerhard Engel: Johann Knief – ein unvollendetes Leben, Berlin 2011, S.54-56, 61-64, 93-99.

26 Siehe Engel, Johann Knief, S.69f. Am 2. Mai 1908 trug er sich dort in das Gästebuch ein, StAB, 7,500-351, Bl. 9.

27 Siehe BBZ, 27.6.1905

28 Siehe BBZ, 23.9.1909.

vom Standpunkt des „nichtrevidierten Marxismus“ beurteilt werden; der Staat sei der „Verwaltungsausschuss der herrschenden Klassen“, die es zu stürzen und nicht durch Budgetbewilligung zu unterstützen gelte.²⁹ Ebenso grundsätzlich, erklärte er auf dem Nürnberger Parteitag 1908, müsse die Parlamentsarbeit der Sozialdemokratie eingeschätzt werden, denn man könne das Endziel nicht durch noch so entschiedene Sozialreform erreichen, da „die letzten Kämpfe um die Eroberung der politischen Macht“ außerhalb des Parlaments entschieden würden.³⁰ Angesichts zunehmenden Einflusses revisionistischer Abgeordneter in der Reichstagsfraktion der SPD plädierte er dafür, der Fraktion weniger Entscheidungsspielraum in Fragen zuzugestehen, die von einem Parteitag geklärt werden müssten.³¹

Diesen dezidiert linkssozialdemokratischen Auffassungen entsprach, dass Henke ständig bemüht war, die Positionen der Linken in Bremen und in der BBZ auszubauen. Das zeigte sich an seinem wesentlichen Einfluss auf die Schaffung einer hauptamtlichen Parteisekretärsstelle und deren Besetzung mit Wilhelm Pieck.³² Als politischer, d. h. Chefredakteur der BBZ verhalf Henke dem Blatt zu einer der „Leipziger Volkszeitung“ (LVZ) ebenbürtigen Stellung als am besten redigierte sozialdemokratische Tageszeitung mit linkem Profil, die ausgezeichnet informierte und mit Analysen, Kommentaren und einem entwickelten Feuilleton politische und kulturelle Arbeiterbildung vermittelte. Das Fehlen großer Namen im Redaktionskollektiv kompensierte Henke durch die Übernahme von Artikeln aus der LVZ und aus Kautskys „Neuer Zeit“, zumeist Arbeiten von Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin, Karl Kautsky und Rudolf Hilferding, Autoren, die auch Originalbeiträge beisteuerten. Ab 1907 behandelte Julian Marchlewski ökonomische Themen, ab 1908 fungierte Karl Radek als freier Mitarbeiter für die Themen Internationale Politik, Imperialismus und Militarismus.³³

Anton Pannekoek steuerte über seine a.p.-Korrespondenz wesentliche Beiträge bei, bis er Anfang 1910 als besoldete wissenschaftliche Lehrkraft zum bremischen Bildungsausschuss kam und für gut vier Jahre als Lehrer,

29 Siehe BBZ, 19.8.1908.

30 Siehe Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Nürnberg vom 13. bis 19. September 1908, Berlin 1908, S.383.

31 Siehe BBZ, 21.8. und 6.10.1909.

32 Siehe Conert, Reformismus, S.61.

33 Siehe ausführlicher ebenda, S.162-179.

Autor der BBZ und Versammlungsredner bedeutenden Einfluss auf die weitere Entwicklung des SDVB ausübte.³⁴ Pannekoek urteilte über Henke, er sei eine „breite, solide und gebildete Persönlichkeit [...], sehr radikal, mit vielseitigen Interessen“.³⁵

1911 gewann Henke den Volksschullehrer Johann Knief, der in der Bremer Schulreformbewegung besonders vehement linkssozialdemokratische Forderungen erhob, als zweiten politischen Redakteur und damit als seinen Stellvertreter für die Redaktion der BBZ. Mit ihm, Karl Radek, der 1912 nach Bremen übersiedelte, und dem Feuilletonisten Rudolf Franz, der bereits seit Ende 1908 in Bremen für das Feuilleton der BBZ arbeitete, entstand ein Triumvirat an der Seite Henkes, das sich auf das revolutionäre Potenzial des Bremer Proletariats stützte. Bremen hatte sich seit der Jahrhundertwende in besonders rasantem Tempo zu einem industriellen Ballungszentrum entwickelt, in dessen Mittelpunkt die Belegschaften der rasch expandierenden Schiffswerften standen. Tausende Arbeiter zog es dorthin, sozialdemokratisch vorgebildete und gewerkschaftlich erfahrene Facharbeiter der Metallbranche, noch mehr ehemalige Landarbeiter und proletarisierte Kleinbürger. Sie standen einem staatlich unterstützten Unternehmertum gegenüber, das auf rabiante Weise besonders große Profite zu sichern trachtete. Soziale Konflikte zwischen Kapital und Arbeit sowie politische Auseinandersetzungen zwischen der Arbeiterbevölkerung und dem Staatsapparat wurden in Bremen mit besonderer Heftigkeit ausgetragen. Zwischen 1906 und 1914 kam es zu 25 Streiks. Die Unternehmer antworteten besonders häufig mit Massenaussperrungen von Belegschaften, auch in Betrieben, die am Streik nicht beteiligt waren.³⁶

Vor diesem Hintergrund zogen Henke und seine drei Mitstreiter gemeinsam mit Pannekoek aus Imperialismus, Wettrüsten und Kriegsgefahr den Schluss, die Sozialdemokratie müsse im Gegensatz zur evolutionären Orientierung des Parteivorstandes und zur „Ermattungsstrategie“ Karl Kautskys das Proletariat in sich steigernde außerparlamentarische Massenkämpfe und politische Massenstreiks führen, an deren Höhepunkt die proletarische Revolution für eine sozialistische Gesellschaft notwendig und möglich sei.³⁷

34 Siehe Moring, Sozialdemokratische Partei, S.114-117; Engel, Johann Knief, S.108.

35 Zit. nach: Moring, Sozialdemokratische Partei, S.116.

36 Siehe Gottfried Mergner: Johannes Knief und seine Region, T. II, in: Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit, Nr. 2/3, Berlin 1980. S.57-62; Engel, Johann Knief, S.41f.

37 Siehe Engel, Johann Knief, S.117-158; Ders., Dr. Rudolf Franz, S.57-68.

Nach gescheiterten Kandidaturen 1903, 1907 und 1909 im Wahlkreis Hannover 6, der im unmittelbaren Umland Bremens lag, gewann Henke im Januar 1912 mit 53,4 Prozent der Stimmen das Bremer Reichstagsmandat.³⁸ Sehr schnell erwarb der redegewandte neue Abgeordnete einen angesehenen Platz in der Reichstagsfraktion, namentlich in ihrem kleinen linken Flügel. Neben Gustav Noske, aber entschieden abgesetzt von dessen Reden, die den Kolonialismus nicht grundsätzlich angriffen, profilierte sich Henke zum herausragenden sozialdemokratischen Sprecher gegen die imperialistische Kolonialpolitik des Kaiserreichs.³⁹

Henke debütierte im Reichstag am 29. April 1912 mit einer großangelegten Rede zum Thema.⁴⁰ Er behandelte die Kolonialpolitik als mit Aufrüstung und Deutschlands Wettrüsten wesensgleiches Grundelement der deutschen imperialistischen Politik. In ihnen sah er die Ursachen für die weltweite Verschärfung der Konflikte zwischen den Großmächten. Er begründete den Widerstand der Sozialdemokratie mit der zunehmenden Kriegsgefahr, welche die Kolonialpolitik in sich berge. Scharf ging Henke mit der kolonialen „Ausbeutungswut“ der Monopole und Banken ins Gericht, deren Profite der Staat mit einem aufgeblähten Verwaltungsapparat und einer militärischen „Schutztruppe“ garantiere. In seinen stets materialreichen, sorgfältig recherchierten Parlamentsreden geißelte er die demagogische Rechtfertigung der Kolonialpolitik als angeblich zivilisatorische Mission, die „zurückgebliebenen Rassen“ den Weg in die Kultur öffne: „Das ist keine höhere Kultur, wenn man Eingeborene derartig mit Schnaps vergiftet, wenn man sie ausbeutet und ihnen dann zum Trost Christentum, Prügel usw. dazu reicht.“⁴¹ Seine Polemik gegen die rassistische Herabsetzung der „Neger“ und ihre Christianisierung kennzeichnete Henke als bewusste Zerstörung der genuinen Entwicklung afrikanischer Kulturen. Solange Kolonien nicht überhaupt abgeschafft seien, müsse es wenigstens „eine gewisse Sozialreform, eine proletarische Sozialreform innerhalb unserer Kolonien“

38 Siehe Schröder, Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete, S.127, 266; zur Kandidatur und Wahl 1912 ausführlich Moring, Sozialdemokratische Partei, S.148-154.

39 Zu den Nominierungen Henkes als Fraktionssprecher siehe Erich Matthias/Eberhard Pikart (Hrsg.): Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1914-1918, Düsseldorf 1966, Erster Teil, S.269f., 282-284, 309, 316.

40 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 284, S.1513-1525. Henkes weitere Reden zur Kolonialpolitik in: Verhandlungen des Reichstags, Bd. 285, S.1593f.; Bd. 288, S.4245-4267; Bd. 294, S.7953-7965.

41 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 284, S.1525.

geben.⁴² Henke forderte das Ende von Besitzraub und Zwangsumsiedlungen, von blutigen Strafexpeditionen gegen revoltierende Stämme und Ortschaften, von unmenschlichen Bestrafungen und Misshandlungen. Er verlangte die Abschaffung von Arbeitszwang, Menschenhandel und Haussklaverei, durchgreifende Arbeiterschutzbestimmungen, den Ausbau der desolaten Gesundheitsfürsorge und die Pflege der afrikanischen Kulturen. So wie gegen Ausbeutung und Entrechtung in den Kolonien focht Henke als sachkundiger Abgeordneter von der Wasserkante für die Rechte der deutschen Seeleute und gegen die durch staatliche Subventionen gestützte anti-gewerkschaftliche Ausbeutungspolitik der Großbreedereien.⁴³

Henke nahm seine Abgeordnetentätigkeit sehr genau. „Sie glauben gar nicht“, schrieb er an Konrad Haenisch, „wie einem im Reichstag die Zeit gestohlen wird. Da sitzt man, hört einen Redner nach dem andern, unterhält sich mit Kollegen, ißt und trinkt gelegentlich und wieder ist ein Parlamentstag herum. Muß dann noch für das Blatt⁴⁴ geschrieben werden, dann hat man seine liebe Not, daß man um zehn Uhr aus dem Tempel herauskommt.“⁴⁵ Aber auch an sitzungsfreien Tagen war er selten in Bremen, weil er als Reichstagsabgeordneter zahlreiche Verpflichtungen als Versammlungsredner hatte.⁴⁶

Unter all diesen Belastungen sah sich Henke vor die Aufgabe gestellt, sich bei aller Wahrung seiner linken Positionen taktisch in die nach rechts tendierende Reichstagsfraktion einzupassen, aber zugleich bemüht zu sein, linke sozialdemokratische Politik zu verfechten, um den Rückhalt in seiner Bremer Parteiorganisation nicht zu verlieren. Dies barg erhebliche Konfliktstoffe. Während der häufigen Abwesenheit von Henke steuerten Knief und seine Anhänger, zu denen im Mai 1914 auch Paul Frölich stieß,⁴⁷ seine BBZ in eine zunehmende Konfrontation mit der offiziellen Parteipolitik. Der „Radikale“ Henke, taktischen Rücksichten mehr denn je verpflichtet, geriet schnell in Gegensätze zu seinen Bremer Genossen, die begannen, sich als „Linksradikale“ zu formieren.

42 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 294, S.7957.

43 Siehe z. B. Verhandlungen des Reichstags, Bd. 286, S.2932, 3107-3110, 3111f.; Bd. 295, S.9084-9053.

44 Henke schrieb während der Reichstagssessionen die Parlamentsberichte für seine BBZ.

45 Bundesarchiv (BArch), N 2104/138, Bl. 14.

46 1913 z. B. trat Henke außer in der heimischen Parteiorganisation in Solingen, in Köln und Umgebung sowie in Thüringen auf; siehe BArch, N 2041/138, Bl. 19, 31.

47 Siehe Paul Frölich: Im radikalen Lager. Politische Autobiographie 1890-1921, hrsg. von Reiner Tosstorff, Berlin 2013, S.99.

Die Kontroversen zwischen Henke und ihnen zeigten sich besonders in der sogenannten Radek-Affäre 1912/1913, als die Linksradikalen Bremens vehement für die vom Parteivorstand angefochtene Mitgliedschaft Radeks in der SPD und um seine Wirkungsmöglichkeiten als linker Theoretiker kämpften. Henke setzte einerseits gemeinsam mit Pannekoek die Zustimmung der Mehrheit des SDVB zum Auftreten der linken Parteitagsminderheit 1912 für eine revolutionäre Politik gegen den Imperialismus durch⁴⁸ und verschärfte damit die Frontstellung der Bremer Parteiorganisation gegen die Parteimehrheit. Andererseits knickte er mehrfach in der Verteidigung Radeks ein, ließ sich freilich unter dem Druck der Linksradikalen immer wieder aufrichten.⁴⁹ Noch schärfer traten die Divergenzen in Erscheinung, als es 1913 um die Haltung der Reichstagsfraktion zur Wehr- und Deckungsvorlage und die Forderung der Stuttgarter Parteiorganisation ging, gegen die Rüstungspolitik mit einem Massenstreik zu protestieren. Henke tendierte zum Standpunkt der Fraktionsmehrheit; er bejahte zwar prinzipiell den Massenstreik als notwendiges Kampfmittel, erklärte ihn aber wegen fehlender Voraussetzungen für undurchführbar, sodass er nur „propagandistisch-agitatorisch“ diskutiert werden könne.⁵⁰ Geharnischten Protest der linksradikalen Wortführer und der Bremer Werftarbeiter rief Henkes Haltung während des für die Radikalisierung der Bremer Arbeiterbewegung folgenreichen Streiks der Werftarbeiter 1913 hervor. Er lehnte wie die Gewerkschaftsführung den Streik ab, weil er die Entscheidungskompetenz nicht mehr bei den Massen, sondern bei den Gewerkschaftsführern sah.⁵¹ Anders wieder seine Haltung 1914, als er in der Reichstagsfraktion der mehrheitlichen Zustimmung zum Bahnbau in den Kolonien widersprach. Für das Durchstehen dieser Kontroverse holte er sich die ausdrückliche Zustimmung der Bremer Mitgliederversammlung.⁵²

So schwankte Henke in den letzten Vorkriegsjahren zwischen dem Streben nach Parteiharmonie in der Fraktion und der Abhängigkeit von einer Parteibasis in Bremen, die ihn als Linken tragen sollte. Dadurch wuchs links wie rechts das Misstrauen in Henkes Verlässlichkeit und die Lauterkeit seiner politischen Überzeugungen. Die Diskrepanz zwischen Wortradikalismus und mangelnder Tatbereitschaft brachte Henke unter den

48 Siehe BBZ, 8. und 16.11.1912.

49 Siehe Engel, Johann Knief, S.128-138, 143-151.

50 Siehe Moring, Sozialdemokratische Partei, S.170-172; Engel, Johann Knief, S.138-143.

51 Siehe Moring, Sozialdemokratische Partei, S.172f.

52 Siehe BBZ, 25.4.1914.

Linksradikalen harsche Urteile ein. Besonders empört zeigte sich sein Feuilletonist Rudolf Franz, der Henke in Briefen an Konrad Haenisch als „vom Reichstag völlig verlumpt“, als „abgefeimten Schweinehund“ und „charakterlosen Streber“ abqualifizierte, während andere wie Johann Knief weiter danach strebten, Henke auf linksradikalen Kurs zurückzuführen.⁵³ Zwischen den Rechtssozialisten und den Linksradikalen gab es am Vorabend des Krieges in Bremen eine deutlich erkennbare, zwischen beiden „vermittelnde“ Gruppe, deren Haupt Alfred Henke war, dessen Sympathien sich freilich immer wieder deutlich den revolutionären Linken zuneigten. Das sollte sich auch während des Weltkrieges zeigen.

Henkes Politik im Ersten Weltkrieg

Am 3. August 1914 gehörte Alfred Henke zu den 14 Mitgliedern der Reichstagsfraktion, die sich gegen die Bewilligung der Kriegskredite aussprachen, sich aber am 4. August der Fraktionsdisziplin beugten. In der Redaktion der BBZ versuchte er trotz Pressezensur und gegen den Widerstand der Gruppe „burgfriedlicher“ Redakteure das Blatt auf linkem Kurs zu halten. Franz Mehring zollte ihm dafür hohe Anerkennung. Noch bis in das Jahr 1916 hielt er Henke für einen der Gruppe Internationale Gleichgesinnten.⁵⁴ Als Karl Liebknecht in der Fraktionsminderheit vom 3. August nach Verbündeten suchte, die mit ihm gemeinsam in der Reichstagsitzung am 2. Dezember 1914 offen gegen weitere Kriegskredite stimmen würden, war Henke sein „letzter Mohikaner“. Gemeinsam mit Radek bewog er ihn, in der Fraktion den Antrag zu stellen, ein öffentliches Minderheitenenvotum gegen die Kriegskredite im Reichstagsplenum zuzulassen. Liebknecht unterstützte ihn. Als die Fraktionsführung auf einen Parteitagsbeschluss von 1876 verwies, wonach die Fraktion stets geschlossen zu votieren habe, zog Henke seinen Antrag zurück; Liebknecht aber stellte ihn zur Abstimmung. Der Antrag wurde abgelehnt, auch von Henke.⁵⁵ Radek klagte wie Henkes linksradikale Genossen in Bremen: „Sie ha-

53 Franz an Haenisch, 8.2. und 14.2.1913, BArch, N2104/94, Bl. 370f., 374; Engel, Johann Knief, S.135.

54 Siehe die Briefe Mehrings an Henke, Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), Bonn, Nachlass Alfred Henke, Kasette I/1, Nr. 23-25, 27-29, 32. Siehe auch Diskurs. Leipziger Hefte für Kommunikationsforschung und Journalistik, 1990, H. 1, S.49-52.

55 Siehe Matthias/Pikart (Hrsg.). Reichstagsfraktion. Zweiter Teil, S.7, 11; Karl Liebknecht: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. VIII, Berlin 1974, S.61, Bd. IX, Berlin 1974, S.270f.; Karl Radek: Die ersten Kriegstage in Berlin und der Beginn des Kampfes gegen den Krieg,

ben sich nicht entscheiden können, der Masse zur Orientation zu helfen durch die Bekundung Ihrer Gesinnung im Parlament, Sie lassen Karl im Stich.“⁵⁶ Henke hatte seine Haltung Radek gegenüber mit dem Druck erklärt, unter dem er in Bremen durch die Befürworter des Burgfriedens stehe, sowie mit dem Verweis auf seine große Familie, die er nicht gefährden wolle.⁵⁷ Henke, der den Grund gelegt hatte für die linksradikale Mehrheit des SDVB und das revolutionäre Profil der BBZ, geriet ins Schwanken und löste sich immer häufiger von den Geistern, die er gerufen hatte, von Pannekoek, Radek und Knief. Aus der Enttäuschung der Linksradikalen über Henkes Haltung zu Liebknechts Antikriegssignal erwuchs dauerhafte Entfremdung und schließlich der offene politische Gegensatz.

Henke kämpfte in der Folgezeit als gemäßigter linker Sozialdemokrat in den Reihen der wachsenden Parteioption. Er unterschrieb das Protestschreiben oppositioneller Sozialdemokraten vom 9. Juni 1915 gegen die Burgfriedenspolitik.⁵⁸ Am 15. August 1915 forderte er in der gemeinsamen Sitzung der Reichstagfraktion und des Parteiausschusses einen sofortigen Friedensschluss ohne Annexionen.⁵⁹ Angesichts der wachsenden Unsicherheit in der Bevölkerung und der Hungerkrawalle in mehreren Städten erklärte er Ende 1915 in der Fraktion: „Es ist eine Irreführung, wenn gesagt wird, die Aufsamung des Burgfriedens bedeute die Verlängerung des Kriees.“⁶⁰ Am 21. Dezember 1915 verweigerte er gemeinsam mit 19 weiteren Abgeordneten der SPD offen die vom Reichstag geforderten neuerlichen Kriegskredite, im Unterschied zu Liebknechts Lösung „Der Hauptfeind steht im eignen Land!“ allerdings verbunden mit einem Appell an die deutsche Regierung, sich in ihrer günstigeren Kriegslage zu einem Frieden ohne Annexionen zu bekennen.⁶¹ Am 12. Januar 1916 stimmte Henke gegen den Ausschluss Liebknechts aus der Frak-

in: Sichel und Hammer 3 (1924), Nr. 10, S.13; Wilhelm Dittmann: Erinnerungen, hrsg. von Jürgen Rojahn, Bd. 2, Frankfurt/Main-New York 1995, S.226f., genannt werden; Annelies Laschitzka: Die Liebknechts. Karl und Sophie – Politik und Familie, Berlin 2007, S.257.

56 Radek an Henke 16. Juli 1916, AdsD, NL Alfred Henke, Nr. 109, mit einer prinzipiellen Kritik Radeks an Henkes Schwanken zwischen seinen grundsätzlich revolutionären Auffassungen und seinem Zurückweichen vor praktischen Konsequenzen.

57 Radek, Kriegstage, S.13.

58 Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, R. 2, Bd. 1, Berlin 1958, S.169-185, die Unterschrift S.174.

59 Siehe Dieter Dowe (Hrsg.): Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912-1921, Bd. 1, Berlin 1980, S.201.

60 Dittmann, Erinnerungen, Bd. 2, S.350.

61 Siehe Dokumente und Materialien, Bd. 1, S.263f.

tion. Am 24. März wurde er mit den anderen Kreditverweigerern selbst aus der Fraktion ausgeschlossen. Folgerichtig gehörte er an diesem Tag zu den Mitbegründern der oppositionellen „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ (SAG) im Reichstag.⁶² Liebnecht lehnte die Mitgliedschaft wegen der fehlenden Bereitschaft zu revolutionärer Agitation gegen den Krieg sowie mit der interessanten Bemerkung ab, auch sein „Gesinnungsfreund“ Henke passe nicht in die SAG.⁶³

Henke agierte in der von der SAG vertretenen Parteiopposition auf dem linken Flügel. Er verwahrte sich gegen den Vorwurf der linksradikalischen Mehrheit des SDVB, mit seiner Mitgliedschaft in der SAG seine revolutionären Überzeugungen endgültig aufgegeben zu haben. Als sich Knief und Frölich in der BBZ offen von ihm distanzieren, erwiderte er, er sei viele Jahre selbst ein radikaler Linker gewesen, er sei es aber nicht im Sinne von Knief, der die Spaltung der Sozialdemokratie für unumgänglich halte. Er wolle um die Einheit der Partei auf revolutionärer Grundlage kämpfen. Weil die SAG die einzige Möglichkeit sei, parlamentarisch für die Ziele des Linksradikalismus einzutreten, gehöre er dieser an. Die Linken außerhalb der SAG bezeichnete Henke als „sektiererische Gruppenbildung“. Er sei weder Mitglied der Spartakusgruppe noch der „Internationalen Sozialisten Deutschlands“. So nannten sich zu jener Zeit die Linksradikalen außerhalb der Spartakusgruppe in ihrem Bekenntnis zur Zimmerwalder Linken und gaben ab Juni 1916 ihre eigene Zeitschrift „Arbeiterpolitik“ heraus.⁶⁴ Seine Unzufriedenheit mit der SAG äußerte Henke gegenüber seinem Freund Wilhelm Dittmann mit den Worten, er lebe „immer in dem Gefühl, daß die Gemeinschaft nicht entschieden genug auftritt und aufzutreten gewillt ist“.⁶⁵

Als die Mehrheit des SDVB im Dezember 1916 beschloss, dem Parteivorstand die Mitgliedsbeiträge zu sperren und dieser daraufhin die gesamte bremische Parteiorganisation aus der SPD ausschloss und deren Zeitung, die BBZ, in vorstandstreue Hände lancierte, blieb Henke wie die Linksradikalen Mitglied des nun neben der Partei existierenden SDVB. In der Abstimmung über den Vorsitz verlor er jedoch gegen den Kandidaten der Linksradikalen Willy Breitmeyer. Im Januar 1917 wurde Henke aus der Redaktion der BBZ entlassen.⁶⁶

62 Siehe Matthias/Pikart, Reichstagsfraktion, Zweiter Teil, S.155, 176.

63 Siehe Dokumente und Materialien, Bd. 1, S.337.

64 Siehe Engel, Johann Knief, S.270-272.

65 AdsD, Nachlass Wilhelm Dittmann, Mikrofilm Moskau, Fonds 215, Nr. 41.

66 Siehe SAPMO-BArch, Sg Y 30/0110, Bl. 3; Arbeiterpolitik, 1 (1916), Nr. 36, 16.12.1916,

Während der gemeinsamen Konferenz der SAG und der Spartakusgruppe im Januar 1917 plädierte Henke dafür, beide müssten gemeinsam nach einem praktikablen Programm für den Antikriegskampf suchen, „nicht den zerrüttenden Streit“. Den „Wunderglauben an das Parlament“ wolle er zerstören, aber riefte man jetzt zu revolutionären Aktionen auf, würde dies Verbot und Zuchthaus bedeuten. Henke bekannte sich zu Käte Duncers Devise: Getrennt marschieren und vereint schlagen. In der Frage der Landesverteidigung stehe er Spartakus näher als dem Vorsitzenden des SAG Hugo Haase.⁶⁷ Mit dieser eindeutigen Verortung auf ihrem linken Flügel wurde Henke einer der Mitbegründer der USPD in Gotha im April 1917. Die Rednerliste des Gründungsparteitages enthält seinen Namen nicht, aber Henke wurde – wie auch bei allen folgenden Parteiwahlen bis 1922 – in den Beirat bzw. Parteirat der USPD gewählt.⁶⁸

Mit der ihm eigenen Rastlosigkeit setzte sich Henke für seine neue Partei ein. Als prominenter Vertreter der linken Minderheit in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hatte er seit Kriegsbeginn bis zur Bildung der SAG keine Chance gehabt, im Plenum zu Wort zu kommen. Das änderte sich schlagartig seit April 1916. Die Reichstagsprotokolle bis zum Vorabend der Revolution enthalten mehr als ein Dutzend Parlamentsreden Henkes. Seine Auftritte gegen die Kolonialpolitik nutzte er, um die Lüge von der Vaterlandsverteidigung zu entlarven und den „männermordenden Weltkrieg“ als die „Verteidigung der kapitalistischen Profitinteressen im Namen des Vaterlandes“ anzuprangern.⁶⁹ Das Gesetz über den „vaterländischen Hilfsdienst“ bezeichnete er als „Wechselbalg von Unfreiheit und Arbeitszwang“, das Deutschland in eine einzige große Kaserne verwandeln werde. Dagegen müsse der Kampf um volles Vereins-, Versammlungs-, Koalitions- und Streikrecht geführt werden.⁷⁰ In Debatten über die Steuerpolitik polemisierte er scharf gegen neue indirekte Steuern,

S.202f.; Engel, Johann Knief, S.287-290; Peter Kuckuk: Bremen in der Deutschen Revolution 1918/1919, Bremen 1986, S.33.

67 Siehe Protokoll über die Verhandlungen des Gründungs-Parteitags der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 6. bis 8. April 1917 in Gotha. Mit Anhang: Bericht über die gemeinsame Konferenz der Arbeitsgemeinschaft und der Spartakusgruppe vom 7. Januar 1917 in Berlin, hrsg. von Emil Eichhorn, Berlin 1921, S.111f.

68 Siehe Hartfried Krause: USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt/Main-Köln 1975, S.300.

69 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 307, S.1395; siehe auch Bd. 209, S.2504; Bd. 309, S.3190-3192; Bd. 312, S.5160.

70 Siehe Verhandlungen des Reichstags, Bd. 308, S.2227-2229, 2309f., 2313f.

mit denen Kriegslasten auf die Besitzlosen abgewälzt werden sollten.⁷¹ Arbeiterinteressen seien auch im Kriege nur durch Klassenkampf gegen das System der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu verteidigen.⁷² Grundtenor und Resümee seiner Reichstagsreden während des Krieges sind wohl am eindeutigsten in Sätzen zusammengefasst, die Henke in der Haushaltsdebatte am 2. März 1917 formulierte: „Der Kommunismus, wie wir ihn erstreben, [...] wird auch ein Ende machen mit der nationalen Verhetzung der Völker [...] Dieser Kommunismus [...] wird auch durch den Krieg nicht gehindert werden, sich zu verwirklichen. Wir werden ihn erreichen [...] Im Zeichen dieses Klassenkampfes führen wir den Kampf gegen die Steuervorlagen, führen wir den Kampf gegen die Regierung, führen wir den Kampf gegen die Kriegführung und führen wir den Kampf der Arbeiter um die Eroberung der politischen Macht weiter.“⁷³

Henke nutzte das Parlament als Rednertribüne, um in die Öffentlichkeit zu tragen, was SAG und USPD in ihren Versammlungen und Zeitungen ohne Repressalien zu riskieren nicht offen aussprechen konnten, was aber den außerparlamentarischen Aktionen Orientierung sein sollte.⁷⁴ Henkes Reden widerspiegeln die wachsende Revolutionierung der Partei und den zunehmenden Einfluss ihres revolutionären Flügels. Was er im Reichstag sagte, versuchte er auch in Versammlungen zur Geltung zu bringen und wurde deshalb regional mit Redeverboten belegt.⁷⁵ In Bremen gründete Henke einen Ortsverein der USPD, in den ihm allerdings nur eine Minderheit des aus der SPD ausgeschlossenen SDVB folgte. Namentlich die von ihm umworbenen linksradikalen Werftarbeiter versagten ihm die Gefolgschaft.⁷⁶ Als führender Kopf der Unabhängigen Sozialdemokraten in Nordwestdeutschland trat er als Sekretär an die Spitze des im Juni gebildeten Parteibezirks Wasserkante der USPD.⁷⁷

71 Siehe hierzu Verhandlungen des Reichstags, Bd. 309, S.2506-2509, 2761-2764, 2812-2815; Bd. 310, S.3655-3662.

72 Siehe Verhandlungen des Reichstags, Bd. 309, S.2505f.

73 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 309, S.2509.

74 Siehe hierzu Robert F. Wheeler: USPD und Internationale. Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution, Berlin 1975, S.40.

75 Siehe Dieter Engelmann/Horst Naumann: Zwischen Spaltung und Vereinigung. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands in den Jahren 1917-1922, Berlin 1993, S.32f. Siehe auch Wilhelm Deist (Bearb.): Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914-1918, Zweiter Teil, Düsseldorf 1970, S.1217.

76 SAPMO-BArch, Sg Y 30/640, Bl. 6f.

77 Siehe zu den Aktivitäten Henkes nach der Gründung der USPD Erhard Lucas: Die Sozialdemokratie in Bremen während des Ersten Weltkrieges, Bremen 1969, S.93f.

Henkes Name taucht immer auf, wenn es 1917/1918 um revolutionäre Vorgänge und Streikaktionen ging. So wurde Henke während der Unruhen in der kaiserlichen Kriegsmarine 1917 in Kiel für 24 Stunden verhaftet. Man fand bei ihm Namen von Mitgliedern der USPD in einer der beteiligten Schiffsbesatzungen, auch den von Max Reichpietsch.⁷⁸ Im Januar 1918 gehörte er zu den vier Mitgliedern der 25-köpfigen Reichstagsfraktion der USPD, die einen offenen Aufruf ihrer Partei zum Generalstreik verlangten.⁷⁹

Aufmerksam verfolgte Henke den Verlauf der russischen Revolution. Als in der USPD vor allem von Karl Kautsky, Heinrich Ströbel und Alexander Stein öffentlich heftige Kritik an der Revolutionspolitik der Bolschewiki geübt und ihnen vorgeworfen wurde, sie missachteten das Prinzip der Einheit von Sozialismus und Demokratie, verfasste Henke einen emotional aufgeladenen Kommentar. Er stelle sich „auf die Seite der Bolschewiki“, schrieb er. „Nicht unbesehen und nicht, indem ich alles gutheiße, was sie taten oder unterließen. Wohl aber, weil ich [...] die Erkenntnis gewann, daß die Tatkraft der Bolschewiki vor der ‚ängstlichen Politik der Menschewiki‘ unter allen Umständen den Vorzug verdient.“ Auch er wolle „zweifelloso die vollendetste Demokratie, die den endgültigen Sieg des Proletariats ermöglicht“, aber er frage sich, ob „nicht auch im Kampfe einer demokratischen Partei die Demokratie vorübergehend Einschränkungen zu ungunsten der Todfeinde des Sozialismus verträgt“, solange der endgültige Sieg nicht errungen sei. Man dürfe das Handeln der Bolschewiki bei den Schwierigkeiten ihrer Revolution nicht vorschnell an der richtigen Theorie über das Verhältnis von Demokratie und proletarischer Diktatur messen. Die Bolschewiki kämpften als „die kühnsten und konsequentesten aller Sozialdemokraten“ für die Verwirklichung des Sozialismus. Was sie „inmitten der ökonomisch rückständigen Zustände Rußlands“ zustande und an „neuen Formen der Demokratie“ hervorbringen, lasse sich noch nicht absehen. „Möglich, daß es zunächst nur ein gewaltiges Experiment bleibt, [...] dann wird es aber auch das größte sein, das bisher zum Beweise der Überlegenheit des Kommunismus über den Kapitalismus unternommen werden konnte.“⁸⁰ Diese Stellungnahme zur russischen Revolution, for-

78 Siehe Deist, Militär, S.1027.

79 Siehe David W. Morgan: *The Socialist Left and the German Revolution. A History of the German Independent Social Democratic Party 1917-1922*, Ithaka-London 1975, S.88.

80 Alfred Henke: Für die Bolschewiki!, in: *Sozialistische Auslandspolitik*, 4 (1918), Nr. 37, S.5-7. Siehe auch Lothar Wieland: „Wieder wie 1914!“ Heinrich Ströbel (1869-1944). Biografie eines vergessenen Sozialdemokraten, Bremen 2009, S.141f.

muliert im September 1918, belegt die Wiederannäherung Henkes an Positionen der Linksradikalen in Bremen, die ganz ähnlich über die Situation und Perspektive der russischen Revolution dachten und sie als Beispiel für das in Deutschland Erforderliche ansahen.⁸¹

81 Siehe z. B. *Arbeiterpolitik*, 3 (1918), Nr. 37, S.221-223.